

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Band: 51 (1957)

Heft: 8

Artikel: Weltrundschau : vom Kriegsschauplatz ; Kapitalismus - Sozialismus ; Kleineuropa? ; Der "Gemeinsame Markt" ; "Begrenzte" Kriege?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140199>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 21.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vorausgesetzt, die ersten zwei Leitsätze seien zur Anwendung gekommen, so sollte man, drittens, die Wünsche der Einwohner in den von den Entschieden tangierten Gebieten respektieren.

Nach Annahme von Maßnahmen dieser Art wäre eine Teilabrüstung und ein Verbot von Nuklear w a f f e n nicht mehr schwer durchzuführen. Aber ohne vorherige Entspannung dürften diese Ziele nicht zu erreichen sein.

Bertrand Russell

WELTRUNDSCHAU

Vom Kriegsschauplatz Ein Überblick über die Weltlage wird in dieser Zeit unvermeidlicherweise so etwas wie ein Bericht vom Kriegsschauplatz. Noch ist es erst der Schauplatz des «Kalten» Krieges, von dessen Wandlungen zu berichten ist; aber wie lange kann es noch so weitergehen wie im letzten Dutzend Jahre, ohne daß es eben doch zur «Fortsetzung der Politik mit a n d e r e n Mitteln» – das ist ja die berühmte Clausewitzsche Umschreibung des Begriffes Krieg – ganz folgerichtig einmal kommen m u ß. Der Kalte Krieg also wird auf allen Fronten mit im ganzen unverminderter Verbissenheit weitergeführt. In Europa ist sein gefährlichster Schauplatz nach wie vor W e s t d e u t s c h l a n d, besonders seit die Bundestagswahlen dem militärischen Nationalismus und der klerikal-kapitalistischen Reaktion völlig freie Bahn gegeben haben. Mit dem westdeutschen Volk scheint nun einfach nichts Rechtes zu machen sein. Zwei Kriegskatastrophen haben nicht vermocht, es auf einen besseren Weg zu führen, und die dazwischenliegende Friedenszeit hat die Deutschen nur in die Arme Hitlers getrieben, der sich ihnen als Retter aus der Not der Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise anpries. Wen kann es da eigentlich wundern, daß sie – mindestens in der Bonner Republik – nun auch einen Konrad Adenauer als den Führer umjubeln, der Deutschland zu neuer Blüte und Weltgeltung gebracht habe und es auch fernerhin – wie weiland Wilhelm II. – «herrlichen Zeiten entgegenführen» werde? Die politische Unreife und – sagen wir's nur gerade heraus: Dummheit der großen Mehrheit der Deutschen kennt eben offenbar noch immer keine Grenzen. Die kleine, tapfere Minderheit, die sich gegen den offiziellen Kurs anstemmt, vermag vorerst nichts auszurichten und reibt sich in diesem Kampf nur auf. Die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche «Opposition» aber, die zahlenmäßig etwas ausrichten k ö n n t e, ist in ihrer Wirkungskraft gelähmt, weil sie im Herzen der Adenauer-Erhard-Politik weithin recht gibt und keinen anderen, eigenen Weg weisen kann, mit einem Ziel, das wirklich

begeistern und die besten Kräfte im westdeutschen Volk wachrufen würde.

So geht eben die Remilitarisierung, Rekapitalisierung und Renazifizierung – um die häßlichen Worte, die eben eine häßliche Sache bezeichnen, wieder einmal zu gebrauchen – planmäßig weiter. Die Wiederaufrüstung besonders setzt sich angesichts der Trägheit und Gefügigkeit dieses Untertanenvolkes immer sicherer durch, die Rüstungsindustrie läuft mehr und mehr auf Hochtouren, und immer auffälliger richten sich die Blicke der politischen Aktivisten nach O s t e n, wo ihnen ein Tätigkeitsfeld mit wahrhaft unbegrenzten Möglichkeiten zu winken scheint. Neben der fortschreitenden Aufweichung der ostdeutschen Republik ist es zurzeit namentlich die «friedliche» Durchdringung und Gewinnung Polens, die man sich in Bonn zur Aufgabe gemacht hat. Man tut so, als ob man die Polen dazu bringen könnte, die von ihnen 1945 besetzten preußischen Gebiete gutwillig herauszugeben, obwohl es von Warschau aus immer wieder völlig klar gemacht wird, daß davon keine Rede sein könne, und obwohl die erste Voraussetzung für die angeblich erstrebte deutsch-polnische Verständigung die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ist. Solange man sich in Westdeutschland dazu nicht entschließen kann, muß sich Polen eben wohl oder übel an die Sowjetunion halten, bleibt also der Ostblock, eingeschlossen Jugoslawien, beieinander – der Ostblock, den man doch mit der westlichen Aufrüstungspolitik erschüttern, ja sprengen zu können hofft. In derlei Widersprüchen und Unmöglichkeiten ergeht sich die westdeutsche und allgemein westmächtige Außenpolitik! Je mehr man sich auf die Weiterverfolgung des Gewaltweges versteift, um so sicherer verrennt man sich in eine Sackgasse.

Das erfährt ja auch F r a n k r e i c h mit seinem Algerienkrieg. Es wird mit dem nationalistischen Aufstand einfach nicht fertig, trotz den 400 000 Mann, die es zu seiner Niederwerfung eingesetzt hat. Und jetzt ist ihm durch die Ablehnung des Algeriengesetzes in der Nationalversammlung und den Sturz der «verständigungsbereiten» Regierung Bourgès-Maunoury auch die Waffe aus der Hand geschlagen worden, mit der es in der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu operieren gedachte, um seinen angeblich guten Willen zum Entgegenkommen an die algerische Unabhängigkeitsbewegung zu beweisen. Die Scharfmacher triumphieren wieder in Paris – aber wie lange? Sie müssen ja jetzt den Kampf in Algerien als offenen kolonialen Unterdrückungskrieg fortsetzen mit dem Ziel der völligen militärischen Vernichtung des Gegners oder aber, wenn die Aussichtslosigkeit dieses Unternehmens endgültig klar geworden ist, ihrerseits kapitulieren und die Hand zu Verhandlungen bieten, die nur auf der Grundlage der Anerkennung von Algeriens Selbstbestimmungsrecht geführt werden können. Der neuen Regierung Frankreichs harret auf jeden Fall eine Aufgabe, um die sie wahrlich nicht zu beneiden ist.

Auch A m e r i k a s Machtpolitik stößt sich immer deutlicher an

den harten Tatsachen, besonders am Unabhängigkeitswillen der Völker, die sie in ihr «Verteidigungssystem» einzuspannen sucht. Im Orient kann ihr Versuch, die arabischen Nationen einzeln gegeneinander auszuspielen und dadurch Vorderasien als Ganzes unter den beherrschenden Einfluß der Vereinigten Staaten zu bringen, schon jetzt als gescheitert gelten. Sogar der treueste Satellit Amerikas, Saudi-arabien, hat sich geweigert, im Namen des Kampfes gegen den Kommunismus Front gegen Syrien zu machen, und Jordanien, Irak und – etwas zögernd – auch der Libanon sind ihm gefolgt. Der allen gemeinsame arabische Nationalismus hat sich als stärker erwiesen denn alle vom Ausland her geförderten Spaltungs- und Sonderungskräfte; wenn es drauf und dran kommt, lassen sich auch die besten, das heißt am meisten von Amerika korrumpierten Freunde des Westens nicht gegen Syrien und Ägypten gebrauchen. Was über ihre innere und gar ihre militärische Stärke freilich noch nichts aussagt; dem kleinen Israel können die arabischen Staaten alle miteinander nichts anhaben, solange sie nicht von außen her gestützt werden. Dem Westen aber können sie dank ihrem Ölreichtum und ihrer geographischen Lage außerordentlich unbequem werden; besonders Syrien hat während der Suezkrise gezeigt, was es heißt, wenn die Petrolrohrleitungen, die über syrisches Gebiet führen, unterbrochen werden. Kurz, die Eisenhower-Doktrin, die von Washington aus so hochgemut verkündet wurde, wird auf die Länge ebenso toter Buchstabe bleiben wie der von den Vereinigten Staaten begonnene Bagdadpakt.

Bleibt wenigstens die SEATO, die Südostasiatische Vertragsorganisation, auf die sich in den Randländern des Westpazifiks die amerikanische Machtpolitik stützt. Aber auch sie hat durch den jüngsten Staatsstreich in Thailand (Siam) einen bedenklichen Stoß bekommen. Thailand war bisher die Kernbastion der USA in Südostasien. Amerika hat – wenn die Londoner «Peace News» gut unterrichtet sind – für ihren Ausbau in den letzten sieben Jahren nicht weniger als drei Milliarden Dollar geopfert (rund 13 Milliarden Schweizer Franken); die thailändische Armee ist mit einem Teil dieses Geldes auf die Stärke von 90 000 Mann, die Militärpolizei auf 50 000 Mann gebracht worden. Aber gleichzeitig haben sich an den amerikanischen Hilfsgeldern etliche 500 siamesische Familien – die Crème des kapitalistischen Bürgertums – schamlos bereichert. Vertrauensmann dieser neureichen Oberschicht und damit auch Amerikas war bisher Marschall Pibul Songram, der nun aber durch eine der üblichen Palast- und Armeerevolutionen gestürzt worden und ebenso wie der Kommandant der Militärpolizei, General Phao, ins Ausland geflohen ist. Der neue Machthaber, Marschall Sarit, Oberkommandierender der thailändischen Armee, und der von der Nationalversammlung «gewählte» Regierungschef, Pote Sarasin, gelten als Anhänger einer Neutralitätspolitik, der auch die hinter ihnen stehende alte Aristokratie und die Mehrheit des thailändischen Volkes huldigen sollen. Auf alle Fälle

werden die Vereinigten Staaten schwere Arbeit haben, um die amerikafeindliche, auf Fernhaltung vom Kampf der beiden Machtblöcke bedachte Stimmung zu dämpfen, die nicht nur in Thailand sehr stark ist, sondern mehr und mehr auch Laos, Kambodscha, Südvietnam und sogar M a l a y a zu erfassen droht, das, wie im Frühjahr Ghana (die ehemalige Goldküste), nunmehr als unabhängiges Dominion in den allbritischen Staatenverband aufgenommen worden ist. Mit dem damit verbundenen Eintritt Malayas in die Organisation der Vereinten Nationen ist gleichzeitig die asiatisch-afrikanische Staatengruppe innerhalb der UNO auf 30 Mitglieder angestiegen und bildet nun in ihrem Schoß die stärkste «Fraktion» (die UNO zählt jetzt 81 Mitgliedstaaten). Für die künftige Gestaltung der Weltpolitik kann das von großer Bedeutung werden, gewinnen doch die Bestrebungen, neben dem Ost- und dem Westblock eine organisierte «dritte Kraft» aufzubauen, die dem Kolonialimperialismus entgegenwirken und die Abrüstung begünstigen könnte, immer mehr an Umfang und Stärke. Und über kurz oder lang wird auch China in die UNO zugelassen werden müssen, die nicht ewig den lächerlichen Anspruch der Formosaregierung stützen kann, rechtmäßige Vertreterin der chinesischen Nation zu sein.

Kapitalismus – Sozialismus So geht die Asienpolitik der Vereinigten Staaten Rückschlägen entgegen – und hat sie zum Teil schon erlitten –, die das Kräfteverhältnis auf den Schauplätzen des Kalten Krieges wesentlich zu verändern geeignet sein mögen. In Amerika selber wird die Kritik an dieser Politik zunehmend lauter und offener. Einer ihrer Wortführer ist Bundesrichter Douglas, der mit seinen ausgedehnten persönlichen Beziehungen zu den asiatischen Völkern – wir haben einige seiner Reisebücher hier wiederholt erwähnt – auf ernstes Gehör Anspruch erheben darf. Vor einer Jugendkonferenz in Kalifornien hat er vor einiger Zeit als die Hauptkräfte, die die asiatischen Völker bewegen, genannt: den Kampf gegen Feudalismus und Kolonialismus, das Verlangen nach politischer Unabhängigkeit und kultureller Selbstbestimmung, den Zug zum Sozialismus und den Willen zur Gleichberechtigung mit den Nationen des Westens. Diese revolutionären Kräfte, so sagte Douglas, würden von der Sowjetunion aus planmäßig gefördert, während Amerika sie nicht einmal verstehe. Russische Bücher, in den Landessprachen gedruckt, finde man über ganz Asien hin verbreitet, während «die Asiaten kein einziges amerikanisches Handbuch haben, das zeigt, wie man eine Revolution macht». «Als die Asiaten so alt waren wie Sie», so fuhr er fort, an seine jungen Zuhörer gewandt, «da versenkten sie sich in Karl Marx und seine Revolutionslehre. Heute formen diese vor zwanzig Jahren noch jugendlichen Menschen die Politik Asiens im Sinn eines gewandelten Sozialismus.»

Wird man in den Vereinigten Staaten den Rat dieses Sachkenners beherzigen, den Asiaten beim Aufbau ihrer eigenen Welt zu helfen,

statt Asien nach dem Bild und Gleichnis Amerikas zu formen? Solange das jetzige Regime aufrecht steht, sicher nicht. Die herrschende Klasse der USA kämpft mit allen Mitteln für die Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsweise und gegen die Ausbreitung des Sozialismus. Und eines dieser Mittel, vielleicht das wichtigste, ist die Schaffung einer ungeheuren Kriegsrüstung und einer entsprechenden Kriegs-atmosphäre im eigenen Land wie in der Welt draußen. «Darum», so stellt die Neuyorker «Monthly Review» (Septemberheft) fest, «der Kalte Krieg und die Hexenjagd, die im Grund großartige Veranstaltungen sind, um die Menschen reif zu machen, daß sie den Militärstaat wollen ... Die Arbeiter, schon längst zu dem Glauben erzogen, daß Arbeitslosigkeit und Unsicherheit so natürlich seien wie Tod und Steuern, griffen gierig nach der neuen Hochkonjunktur und begannen alles zu fürchten, was sie bedrohen könnte, wie das eine ernsthafte Abrüstung unvermeidlicherweise täte. Die öffentliche Meinung wurde so in einen Zustand hineingesteigert, der an Hysterie grenzte und sie nur zu oft erreichte.»

Wie bei uns! möchte man ausrufen. Wirtschaftliche Hochkonjunktur mit Vollbeschäftigung und gutem Verdienst hat ja auch in Europa, in Verbindung mit Kriegs- und Kommunistenthysterie, die Arbeiter- und Angestelltenschichten weithin mit dem Kapitalismus ausgesöhnt und dem Sozialismus entfremdet. Siehe Frankreich (wo sich am Algerienkrieg der «Sozialpatriotismus» breiter Volksmassen neu entzündet hat); siehe Westdeutschland (wo die Sozialdemokratie sozusagen offiziell dem Sozialismus den Abschied gegeben hat); siehe England (wo am Labourparteitag soeben die «gemäßigte» Rechte über die auf sozialistische Wirtschaftsgestaltung drängende Linke gesiegt hat); siehe nicht zuletzt die Schweiz und die zunehmende Verbürgerlichung und Verfettung unserer Sozialdemokratie und der meisten Gewerkschaften ...

In den kommunistischen Ländern ist wenigstens der Wille zu einer radikal sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft lebendig. Ein echt revolutionäres Streben ist hier am Werk – und das macht die Größe und das Recht des Kommunismus aus. Sein Unrecht und seine Unhaltbarkeit sehen wir dort, wo er sich auf eine materialistisch-naturalistische Auffassung vom Leben und vom Menschen gründet und wo er, über eine zeitweilig unvermeidliche autoritäre Führung hinaus, zur Diktatur im Sinn einer Vergewaltigung menschlichen Rechts und persönlicher Freiheit greift. Daß hier ein gründlicher Wandel eintreten muß, das ist unter uns völlig ausgemacht. Wir haben darum mit Freuden die Bewegung zur Lockerung der Diktatur begrüßt, die vor anderthalb Jahren in der Sowjetunion zu einem ersten Durchbruch gekommen ist und seither auch mehrere andere Länder des Ostblocks erfaßt hat. Davon wird immer wieder zu reden sein, je nach dem Stand der Entwicklung. Für heute sei nur rasch auf die Lage in Polen und Jugoslawien hingewiesen. Ich habe schon in der

September-Rundschau die Lockerung der Arbeitsdisziplin erwähnt, die in Polen fast allgemein festgestellt werde. Neuerdings berichtet K. S. Karol im «New Statesman» (5. Oktober) von einem bedenklichen Niedergang des sozialen Verantwortungsgefühls ganz allgemein, der in Polen wie in Jugoslawien zutage trete. Krasse Selbstsucht, Spekulation, Diebstahl, Korruption seien in allen Schichten anzutreffen und würden von der öffentlichen Meinung nur müde verurteilt. Aber während in Polen im großen ganzen, mindestens innerhalb der Kommunistischen Partei, mit erstaunlicher Offenheit und Freiheit diskutiert werde – das jüngst erfolgte Verbot der Studentenzeitung «Po Prostu» scheint eine große Ausnahme und hat denn auch zu heftigen Protestkundgebungen und schweren Ausschreitungen geführt –, gebe es in Jugoslawien nur eine erlaubte Meinung: diejenige der diktatorisch regierenden Staatspartei. «Die Titoisten», so schreibt Karol, «... sind heute höchst behutsam in der Ermutigung reformistischer Elemente in den kommunistischen Nachbarparteien. Mit Recht oder Unrecht halten sie dafür, daß ihre Zukunft eng mit derjenigen der anderen Länder unter kommunistischer Herrschaft verbunden sei; sie sind keineswegs gewillt, irgend etwas zu tun, was ihre eigene Diktatur gefährden könnte. Tito glaubt, daß es weder zu den Berliner Unruhen noch zu der polnischen Oktoberkrise von 1956 noch zu der ungarischen Revolution gekommen wäre, wenn die kommunistischen Parteien in diesen Ländern festgefügt und diszipliniert geblieben wären... Wie Gomulka würde er im Ostblock eine Entwicklung zur Demokratie begrüßen, aber wie Chruschtschew ist er überzeugt, daß sich ein derartiger Vorgang auf ‚geordnete‘ Art – das heißt unter der Leitung der Partei – abspielen müsse.» Die erneute Verurteilung von Djilas, dem abtrünnigen, einst so hochgestellten kommunistischen Führer, und die Verweigerung eines Reisepasses an Dedidjer, den Biographen Titos, der in Manchester hätte Gastvorlesungen an der Universität halten sollen, bezeugen die Folgerichtigkeit, mit der Tito seinen Kurs steuert.

All diese Dinge sind tief bedauerlich und tragen denn auch den Keim zu schweren inneren Konflikten in sich. Aber die Schuld an der Stockung, in welche die Liberalisierungsbewegung in den Ländern des Ostblocks geraten ist, und an der neuerlichen Verhärtung des Diktaturregimes in Ungarn, Ostdeutschland usw. tragen eben nicht nur die kommunistischen Führungskreise; sie liegt – man darf nicht aufhören, es zu betonen – mindestens ebenso sehr bei der Borniertheit und Gewalttätigkeit des westlichen Antikommunismus, der jede Lockerung des Diktaturregimes für seine gegenrevolutionären Machtzwecke ausnützt und damit die Kommunisten fast zwingt, die Zügel fest in der Hand zu behalten, ja vermeintlich «ungeordnete» Freiheitsbewegungen mit Gewalt zurückzudämpfen.

Kleineuropa! Für die Kurzsichtigkeit der ganzen westmächtlichen Politik ist nicht zuletzt bezeichnend der Eifer, mit dem gerade jetzt die Schaffung eines «geeinten Europas» betrieben wird, das in Wirklichkeit nur ein Halb- oder Kleineuropa mit Front gegen die andere Hälfte unseres Erdteils wäre. Auf zwei Linien ist die Organisation dieses westeuropäischen Kampfbundes im Gang: auf der politisch-militärischen und auf der wirtschaftlichen Linie. Die politische Einigungsbewegung hat, wie man weiß, schon seit Jahren ihre Organe in der freilich auch die Vereinigten Staaten von Amerika umfassenden Nordatlantischen Vertragsorganisation (NATO), in der Westeuropäischen Union und im Europarat, während die Errichtung einer sogenannten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vor allem am Widerstand Frankreichs gescheitert ist. Der Gedanke, der dem Aufbau dieser Körperschaften zugrunde liegt, ist die Erwartung, durch Ausübung eines immer mehr gesteigerten militärischen und diplomatischen Druckes auf den Ostblock könne die Sowjetmacht innerlich aufgeweicht, ja nötigenfalls von außen her zerschlagen werden; sie müsse jedenfalls – so oder so – in absehbarer Zeit zusammenbrechen. Die Theorie für diese Praxis ist bekanntlich von G. F. Kennan, dem seinerzeitigen Planungschef des amerikanischen Außenministeriums, ausgearbeitet worden, dessen «Containment»- («Eindämmungs»-) Politik logischerweise zu einer Politik der «Befreiung der versklavten Ostvölker» weitergebildet wurde, wie sie unter Eisenhower und Dulles amtliche Weihe bekam und auch von den «Einheitseuropäern» vertreten wird.

Der Irrtum dieser ganzen Auffassung der Dinge ist hier, in unseren internationalen Überblicken, fortlaufend klargelegt worden und wird weiterhin deutlich gemacht werden müssen. Inzwischen möchte ich aber nicht versäumen, auf einen Aufsatz von Professor William A. Williams aufmerksam zu machen, der im Septemberheft der «Monthly Review» ausgezeichnet darlegt, wie falsch die Beurteilung der Sowjetpolitik und der dahinterstehenden kommunistischen Revolution durch die westliche Welt und ihre politischen Strategen ist. Die Grundtatsache, vor der jeder russische Führer in Vergangenheit und Gegenwart stand und steht, ist – so sagt der amerikanische Historiker – die wirtschaftliche und politische Armut seines Landes. «Die zaristische und die sowjetische Geschichte ist ein beständiger, alles durchdringender Kampf um die Erreichung einer Mindesthöhe von materiellem Wohlbefinden – nicht zu reden von verhältnismäßiger Wirtschaftsblüte oder tatsächlichem Reichtum.» Den Schlüssel für die russische Haltung bildet «das Streben nach Überwindung der Armut und Gewinnung grundlegender Sicherheit in der Welt der Nationalstaaten. Aus diesem Streben entwickeln sich einerseits Praxis und Tradition einer zentralisierten Staatsgewalt, die zum Sparen zwingt, Kapitalanlagen zuteilt und Sicherheit aufrechterhält, andererseits die erhöhte innere Spannung zwischen Gemeinschaftsaktion und individueller Sonderung sowie der

Doppelcharakter einer Außenpolitik, die zugleich kämpferisch-argwöhnisch auf Verteidigung bedacht ist und doch durch ein missionarisches und wohlwollendes Verlangen nach Hilfe für andere Menschen gekennzeichnet wird, denen ebenfalls geholfen werden soll.»

Die marxistisch-leninistische Revolution hat, wie Williams betont, diesen Grundcharakter aller russischen Politik nicht geändert, sondern nur neugeformt. Sie als eingleisig und totalitär zu bezeichnen, heiÙe bestimmte Seiten an ihr irrigerweise isolieren und dramatisieren. Die Vielfalt der politischen Kräfte in der Sowjetunion zu verkennen oder das Ringen zwischen ihnen als bloÙ gewöhnlichen Kampf um die Macht zu deuten, heiÙe «ein knarrendes mechanistisches Modell an die Stelle der Wirklichkeit setzen». Eine westliche Politik, die sich auf eine derartige Deutung der sowjetischen Entwicklungen gründe, werde ihr Ziel verfehlen. «Denn die Probleme sind Armut und Sicherheit, nicht Macht an sich. Stalin war nicht Hitler . . . Es wäre darum ein gefährlicher Irrtum, das gegenwärtige Wiederaufleben der individualistischen, örtlichen und utopischen Überlieferungen des Russo-Marxismus als Zeichen eines bevorstehenden Zusammenbruches des Sowjetregimes zu deuten. Ihre Kraft ist ein Beweis von Reife und positiver Entwicklung, nicht ein Zeichen von Verfall und Tod.» Druck von außen her kann, wie auch Professor Williams glaubt, nur Gegendruck im Innern und nach außen hin erzeugen. «Das Endergebnis kann zwar wirklich der Zusammenbruch der Sowjetunion sein, aber nur im Zusammenhang mit einem allgemeinen Atomkrieg . . . Die fruchtbarste Einstellung (des Westens gegenüber der Sowjetunion; H. K.) wäre offenbar eine Aktion, die auf die Lösung der Probleme von Armut und Sicherheit ausginge, weil Erfolge auf diesen Gebieten den Abbau der zentralisierten Staatsmacht – in Freiwilligkeit und aus Notwendigkeit – begünstigen würde . . . Der andere Weg führt langsam oder schnell (und das eine Tempo wird bald zum andern) einer atomaren Kraftprobe mit Moskau entgegen.»

Soviel zum militärisch-politischen Programm unserer «Gesamteuropäer». Vergessen wir dabei aber auch nicht, wie stark dieses Programm von geistig-weltanschaulichen Kräften, besonders von der im Vatikan konzentrierten römisch-katholischen Machtpolitik, getragen wird. Das Vordringen des Kommunismus (die Antwort auf das von der Vatikanpolitik mitverschuldete Versagen der Christenheit und des Abendlandes gegenüber dem Problem der unterentwickelten Völker und Klassen) erfüllt auch die Kurie mit größter Sorge. Der Papst, so berichtet General de Gaulle in seinen Lebenserinnerungen über eine Unterredung, die er schon am 30. Juni 1944, also noch vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges, mit Pius XII. hatte, der Papst «glaubt, daß deshalb die Christenheit sehr grausamen Prüfungen entgegengehe und daß einzig der enge Bund der vom Katholizismus inspirierten europäischen Staaten: Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Belgien, Portugal, die Gefahr eindämmen könne. Ich merke, daß dies der große

Plan Pius des Zwölften ist. Er segnet mich, ich ziehe mich zurück.» Seither ist dieser «große Plan» folgerichtig weiterentwickelt worden, und der westdeutsche Bundeskanzler Adenauer ist einer seiner Hauptförderer, während zahllose Protestanten und Ungläubige sich durch das Trugbild eines bürgerlich-antikommunistischen Kleineuropas verlocken lassen, gleichzeitig auch der weitausgreifenden, in Jahrzehnten, wenn nicht Jahrhunderten denkenden Politik Roms tatkräftige Unterstützung zu leihen. In seiner Weihnachtsbotschaft für 1956 hat Pius XII. deutlich genug gesagt, was er unter der von ihm geforderten Einigung des Westens in der christlichen Wahrheit versteht: «Anerkennen und sich einfügen in das römisch-katholische Denkschema» (so faßt Herbert Werner in der «Stimme der Gemeinde» vom 1. August 1957 die Botschaft zusammen) «... , das den Anspruch erhebt, das ganze geistige und geistliche Leben der Menschen zu organisieren, zu dirigieren und zu kontrollieren. Der Papst hält also in seiner Botschaft fest am Primat und das heißt an der Vorherrschaft der römisch-katholischen Kirche über alle Seinsbereiche des menschlichen Daseins.» Und ein Hauptmittel zur Erreichung dieses Zieles ist für Pius XII., wie er in seiner Botschaft ausdrücklich bemerkt, die «Festigung der Solidarität Europas» – des «katholisch inspirierten» Kleineuropas also, das jetzt im Werden ist.

Der „Gemeinsame Markt“ Besondere Anstrengungen werden gegenwärtig darauf gerichtet, dieses Kleineuropa von der Wirtschaft her aufzubauen. Nach der Schaffung der Montanunion (Eisen- und Stahlkonzern der sechs Hauptproduktionsländer Belgien, Frankreich, Westdeutschland, Holland, Luxemburg und Italien) und der Organisation für Europäische Wirtschaftszusammenarbeit (OEEC) steht jetzt der Plan eines «Gemeinsamen Europäischen Marktes» unmittelbar vor dem Beginn seiner Verwirklichung. Es handelt sich darum, die sechs Mitgliedstaaten der Montanunion zu einem einheitlichen Zollgebiet zusammenzuschließen, mit einem gemeinsamen Außenzolltarif, der im Laufe von fünfzehn Jahren die bisherigen Einzeltarife ersetzen soll. Seine Ergänzung soll der Gemeinsame Markt durch die Schaffung einer Zone freien Warenhandels finden, der die siebzehn OEEC-Länder angehören sollen, wobei zuerst die industriell fortgeschrittenen Länder (Großbritannien, die skandinavischen Staaten, die Schweiz und Österreich) drankämen und nachher auch die übrigen Staaten. Die «Freihandelszone» soll denjenigen europäischen Ländern den Anschluß an den zollfreien Markt ermöglichen, die gegenüber Drittländern ihre zollpolitische Selbstbestimmung nicht aufgeben, sondern ihren bisherigen nationalen Tarif beibehalten wollen.

Die Organisation des Gemeinsamen Marktes wird von den Kleineuropäern als eine kühne, geradezu revolutionäre Tat gepriesen, die entscheidend dazu beitragen werde, dem alten Europa neues Leben

und gesammelte Kraft einzuflößen. Es ist aber angezeigt, diesem Mythos gegenüber alle Vorsicht und Nüchternheit walten zu lassen. Bleiben wir uns vor allem bewußt, daß es die kapitalistische Wirtschaft Westeuropas ist, deren Leistungsfähigkeit und Rendite durch die Zollunionsbestrebungen gestärkt werden sollen. In dieser Wirtschaft fällt das Gemeinwohl nur in sehr begrenztem Maße mit dem Profitinteresse der Träger von Industrie, Finanz und Handel zusammen. Dies um so mehr, als die westeuropäische Wirtschaft zunehmend von monopolartig organisierten Interessengruppen beherrscht wird, während die mittleren und kleineren Unternehmungen, die noch einigermaßen auf dem Boden der gegenseitigen Konkurrenz stehen, einen immer schwereren Stand haben. Wie der französische Nationalökonom Charles Bettelheim im «Observateur» (21. März 1957) wohl richtig voraussieht: «Die Wirtschaftskräfte, die man durch die Schaffung des Gemeinsamen Marktes in Bewegung setzen wird, werden auf gewissen Gebieten zu einer Modernisierung der Produktionstechnik führen . . . , aber auch zu tiefen sozialen Umgestaltungen, zu einer ausgeprägteren wirtschaftlichen und geographischen Zusammenballung und zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Ungleichheiten der verschiedenen Länder . . . Der Schwerpunkt der Entscheidungen würde notwendigerweise mit der wirtschaftlich beherrschenden Zone zusammenfallen und sich tatsächlich in Westdeutschland befinden . . . Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die auf der Ebene von Kleineuropa noch tiefer gespalten ist als auf nationaler Ebene, wird der große Besiegte der Operation sein, und zwar desto mehr, als diese, anstatt die Arbeiterklassen der verschiedenen Länder einander anzunähern, sie eher zueinander in Gegensatz bringen wird, besonders weil die westdeutsche Arbeiterschaft infolge der beherrschenden Stellung des deutschen Kapitals mehr und mehr eine wirtschaftliche Vorzugsstellung erlangen wird.»

Auch Aneurin Bevan, der britische Labourführer, warnt vor den anonymen Wirtschaftskräften, die innerhalb eines kapitalistisch vereinheitlichten westeuropäischen Marktes maßgebend würden und die Parlamente mehr oder weniger verdrängen müßten. «Gerade deshalb», so schreibt er am 30. August in der Londoner «Tribune», «werden die Sozialisten mißtrauisch und fragen, was man bezweckt: Will man dem Volke das Stimmrecht nehmen und es den Kräften des Marktes geben? Verlangt man von uns, daß wir um fast hundert Jahre zurückgehen, den Sozialismus verwerfen und uns dem Freihandel in die Arme werfen sollen, als wäre er die Erlösung aus unseren sozialen Nöten? . . . Sozialisten können nicht Planwirtschaft verlangen und sich gleichzeitig der Herrschaft des freien Wettbewerbs unterwerfen, ganz gleich wie groß das Gebiet ist, in dem er stattfindet. Ein Dschungel wird dadurch, daß er fast grenzenlos ist, nicht verlockender.»

Auch in der kapitalistischen Welt selbst sind die Widerstände gegen einen Anschluß an den Gemeinsamen Markt (durch eine Freihandelszone) nicht gering. Vor allem steht Großbritannien noch auf der Seite;

aber auch die offizielle Schweiz meldet starke Vorbehalte an. Die Freihandelszone müsse, so forderte letzthin in einem Vortrag Minister Schaffner, der Direktor der Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, eine freiheitlich verstandene Staatenverbindung bleiben, ohne übernationale Befehlsorgane; der Abbau der Handelsschranken müsse unter Verzicht auf Gleichschaltung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik wie des Niederlassungs- und Wettbewerbsrechtes, auf Schaffung von Kapitalanlagefonds und dergleichen erfolgen. Die antikapitalistischen Kräfte haben also noch einige Frist und Aussicht, sich für die Aufrichtung einer wirklichen europäischen Wirtschaftszusammenarbeit zu organisieren – aber nur, wenn sich die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften von der unheilvollen Verstrickung in die Politik der kapitalistisch-bürgerlichen Klassen freimachen, in die sie so weithin geraten sind, und natürlich immer unter der Voraussetzung, daß überhaupt der Frieden erhalten wird, der ebenso sehr eine Bedingung für den Aufbau eines gemeinwirtschaftlich organisierten Europas ist, wie ein solchermaßen neugestaltetes Europa seinerseits den Frieden sichern hülfe.

„Begrenzte“ Kriege! Wenn die Friedenssicherung nur vom Erfolg der Abrüstungsverhandlungen abhinge, die seit Monaten wieder zwischen den beiden Machtlagern geführt werden, so stünde es darum freilich böß genug. Nach dem Abbruch der ergebnislosen Londoner Kommissionsberatungen ist ja, wie vorauszusehen war, die Abrüstungsfrage vor die Vollversammlung der UNO gebracht worden, die gegenwärtig in Newyork tagt, wo sie natürlich in gleicher Weise und aus den gleichen Gründen zerredet und verwirrt wird, wie dies en petit comité in London geschehen ist. So wird nun eben weiter aufgerüstet, mit dem albernen Vorgeben, das sei bis zum Zustandekommen einer internationalen Rüstungsbeschränkung das beste Mittel, den Frieden zu sichern. Und inzwischen rückt in Wahrheit der atomare Vernichtungskrieg näher und näher auf die Menschheit zu . . .

Aber nun entfalten ja die Militärs und die mit ihnen verbündeten Politiker immer planmäßiger ihre Propaganda für einen verhältnismäßig harmlosen «begrenzten» Krieg, auf den man sich vorbereiten müsse und könne, ohne die Schrecken einer allgemeinen Atomkatastrophe zu riskieren. Besondere Beachtung findet im Rahmen dieses Beschwichtigungsfeldzuges das Buch des Amerikaners Henry A. Kissinger «Nuclear Weapons and Foreign Policy» («Kernwaffen und Außenpolitik»), das als Privatarbeit, jedoch als Niederschlag anderthalbjähriger Studien eines Kreises von Militärs, Gelehrten und Beamten unlängst erschienen ist und, wie man annimmt, die Auffassung führender Persönlichkeiten in den Vereinigten Staaten widerspiegelt. Kissinger entwickelt, ähnlich wie es fast gleichzeitig ein anderer Amerikaner, Robert E. Osgood, in seinem Buch «Limited War»

(«Begrenzter Krieg») tut, die Theorie, daß es sehr gut möglich sei, um den atomaren Totalkrieg herumzukommen (der alles zivilisierte Leben in den von ihm erfaßten Ländern zerstören oder doch 60 bis 70 Millionen Tote und Verstümmelte hinterlassen würde), wenn man die neuesten technischen Errungenschaften für den Einsatz von nur taktischen, begrenzt wirksamen Atomwaffen ausnütze und sich so auf die Führung von «kleinen» Kriegen beschränke, die hüben und drüben nicht mehr als drei oder vier Millionen Opfer fordern würden. Das sei zwar, meint Kissinger, auch noch genug, aber schließlich zu ertragen und auf jeden Fall (vom westmächtlichen Standpunkt aus) unvermeidlich, wenn die freie Welt nicht «fortschreitender Versklavung» durch die Russen entgegengehen wolle. Es setze dies zwar voraus, daß sich beide mutmaßlichen Kriegsparteien stillschweigend oder ausdrücklich auf eine Kampfführung einigen, die sich in einem begrenzten Raum (etwa 800 Kilometer in der Tiefe umfassend), mit begrenzten Zielen und mit begrenzten Waffen abspielen müßte. Städte außerhalb der Kampfzone dürften nicht angegriffen werden, ebenso Städte innerhalb der Zone, wenn sie als «offen» erklärt worden seien auf Grund gegenseitiger Inspektion, sobald sie festgestellt habe, daß die Orte keine militärischen Einrichtungen enthielten.

Wie ernsthaft die Theorie des begrenzten Krieges in den Vereinigten Staaten bereits ausprobiert wird, geht aus einem Aufsatz hervor, den die populäre Wochenschrift «U. S. News and World Report» schon vor Monaten (10. Mai 1957) veröffentlicht hat. Es wird darin von den Manövern gesprochen, die kombinierte amerikanische Land-, See- und Luftstreitkräfte jetzt planmäßig durchführen, um die besten Methoden eines «kleinen» Krieges herauszufinden und zu entwickeln. «Wie sehr», so lesen wir da, «die Technik eines begrenzten Krieges von dem Muster des Koreakrieges abweicht, wird durch die letzte dieser Übungen bewiesen, die Carib-Ex., eine Gesamtoperation von Armee-, Marine-, Flotten- und Lufttruppen, die soeben in Panama vorgenommen wurde.» (Seither haben weitere Manöver dieser Art stattgefunden.) Der «nächste kleine Krieg» soll danach mit taktischen Atomwaffen ausgetragen werden, die zum Einsatz kommen, wo bisher Artillerie, Infanteriesturmtruppen und Bomber alten Stils angriffen, mit ferngelenkten Atomgeschossen, Luftlandetruppen, Düsenflugzeugen, Helikoptern – kurz mit allen modernsten Waffen und Verfahren, die seit dem Koreakrieg entwickelt wurden. Als besonders wichtig wird hervorgehoben, daß die neuen taktischen Atomwaffen «mit geringer oder gar keiner Gefahr für die amerikanischen Truppen durch Strahlung oder radioaktiven Niederschlag» eingesetzt werden könnten. Bei dem erwähnten Manöver in Panama seien in vier Tagen allein zehn Atom«explosionen» ausgelöst worden. «Aber auch diese kleinen Atomexplosionen werden, wenn gegen Ziele auf dem Schlachtfeld gerichtet, einen entsetzlichen Aufruhr verursachen. Manche sind, wie man weiß, ebenso gewaltig wie die erste Atombombe, die die Stadt

Hiroshima zerstörte.» Dabei könne die ganze Operation in kürzester Zeit in Gang gebracht werden; wenn die Vereinigten Staaten – wie in Korea – wieder irgendwo mit Waffengewalt eingreifen müßten, so könne ihr erster Stoßtrupp schon in ein paar Stunden an Ort und Stelle sein.

Das mindeste, das man zu all diesen Plänen sagen kann, ist, daß vielleicht ein «kleiner» Krieg der skizzierten Art auf einem von vornherein begrenzten Schauplatz denkbar ist, im Rahmen einer Operation, bei der eine Großmacht nur einem isolierten Klein- oder Mittelstaat gegenüberstünde, daß seine programmgemäße Durchführung zwischen den beiden großen Machtkoalitionen aber unwahrscheinlich ist. Wir gehen sogar weiter und sagen, daß ein begrenzter Atomkrieg eine bloße Phantasievorstellung ist, wenn seine Propagierung nicht einfach nur ein politisches Manöver ist, dazu bestimmt, den Widerstand der Völker gegen alle Atomrüstungen zu brechen und ihnen vorzugaukeln, daß es bei einiger Vernunft hüben und drüben zu keinem totalen Atomkrieg kommen werde. Aber so oder so genommen – die Stimmungsmache für einen Krieg mit beschränktem Einsatz von Kernwaffen ist auf jeden Fall ein unverantwortliches Beginnen. Zunächst: Auch die «taktischen» Atombomben sind, wie ihre Befürworter selbst sagen, so verheerend wie die Hiroshima-Bombe, die nach einer jüngsten Feststellung der japanischen Behörden 240 000 Menschen das Leben gekostet hat (170 000 Zivilpersonen und 70 000 Soldaten). In «The Nation» (31. August 1957) behauptet Matthew Josephson sogar, die Sprengwirkung der «kleinen» Atomgeschosse sei bis zu zwanzigmal größer als diejenige der Hiroshima-Bombe! Mit der Verharmlosung des begrenzten Krieges ist es also schon darum nichts. Sodann aber: Wie will man es fertigbringen, daß sich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion auf Spielregeln einigen, deren Innehaltung für die Führung eines begrenzten Krieges Bedingung sein soll? Kissinger sagt (auf Seite 196 seines Buches) ganz offenherzig, daß diese Regeln den Amerikanern günstig, den Russen aber ungünstig wären. Glaubt er aber im Ernst, die Sowjetunion werde sich irgendwie auf eine derart schlau von ihren Gegnern erdachte Kraftprobe einlassen? Und wenn sie es täte: ist nicht die Gefahr übergroß, daß sich ein zunächst «nur» mit taktischen Kernwaffen begonnener Krieg ganz von selbst zu einem totalen Atomkrieg auswachsen würde, in dem also auch strategische A- und H-Bomben und Ferngeschosse zum Einsatz kämen, zumal die Grenze zwischen taktischen und strategischen Kernwaffen, wie Fachleute immer wieder betonen, überhaupt nicht klar zu ziehen ist? Kann man sich denken, daß diejenige Partei, die im «begrenzten» Krieg in Nachteil geriete, dauernd auf den Gebrauch ihrer wirksamsten Waffen verzichten würde?

Nein, an den «begrenzten» Krieg zwischen Großmächten glaube, wer will; ich halte ihn, mit vielen anderen, für ein Gebilde der Phantasie – oder soll ich besser sagen: er kann nur von Leuten propagiert werden, die nicht genug Phantasie haben, um sich vorzustellen,

was in Wirklichkeit geschähe, wenn er erst einmal entfesselt wäre. Machen wir uns vielmehr unerbittlich klar: Wir haben nur noch die Wahl zwischen dem totalen Atomkrieg, der im wahren Sinn grenzenlose Verheerungen anrichten müßte, und der völligen Abrüstung, beginnend mit dem Verzicht auf die Anwendung von Kernwaffen jeglichen Kalibers und der Zerstörung der bis jetzt angehäuften Bestände an solchen Waffen. Zwischendrin gibt es nichts – außer leeres Geschwätz und sträfliche Irreführung der Völker. Man erkennt das jetzt allmählich auch weitherum in den Völkern – nur sperren sich dagegen noch immer die von einem festgefahrenen Apparat beherrschten Partei- und Berufsorganisationen. Auch die Jahreskonferenz des britischen Gewerkschaftsbundes und der Labourpartei beschränkten sich darauf, ein internationales Übereinkommen über das Verbot von Kernwaffenversuchen und die weitere Herstellung von Atombomben zu verlangen, statt auf die selbständige Einstellung der gefährlichen Experimente durch England zu dringen, wie das eine Minderheit am Labourparteitag beantragte. Und doch ist solch einseitiges Vorgehen, angesichts des Scheiterns aller Abrüstungsverhandlungen, wohl der einzige Weg, um den Atomkrieg zu verhindern. Wobei auch ein kleiner Staat, wie die Schweiz, mit der Erklärung des Verzichtes auf alle Atomrüstungen den Anfang machen könnte, vermag doch kein Kleinstaat das atomare Wettrüsten mitzumachen, auch wenn es auf taktische Kernwaffen beschränkt bliebe. Wieviel stärker wäre aber die Wirkung, wenn sich etwa Großbritannien zu diesem Verzicht entschlösse! Daß die Labourführung dafür keinen Sinn hat, ist um so betrüblicher; auch Bevan, der frühere «Linke», befolgte brav die Weisungen des Parteivorstands und lehnte in einer Rede, die ihm wegen ihres «staatsmännischen Formats» hohes Lob von der «Neuen Zürcher Zeitung» eintrug, mit rein machtpolitischen Zweckmäßigkeitsgründen einen britischen Verzicht auf Erprobung, Herstellung und Verwendung von Kernwaffen entschieden ab. Wenn das am grünen Holz geschieht, was soll am dünnen werden?

So wird denn eben das atomare Wettrüsten weitergehen, ja es scheint sich angesichts der Aussendung des ersten künstlichen Erdsatelliten durch die Russen – dieser neuen, gewaltigen Welt-sensation, mit der die Sowjetunion aufgewartet hat – noch verschärfen zu wollen. Denn es handelt sich hier ja nicht nur um eine wissenschaftlich-technische Großtat der Sowjetunion; was die «freie Welt» vor allem beschäftigt, ja sie schwer beunruhigt und aufbringt, das ist die Tatsache, daß die Russen wirklich im Besitz einer ballistischen Rakete sein müssen, die ihnen nicht allein erlaubt, einen künstlichen Mond in den Weltraum hinauszuschleudern, sondern sie auch in den Stand setzen würde, einen Atomsprenkopf – ein Ferngeschos von unabsehbar zerstörender Wirkung – nach jedem beliebigen Ort der Erde hin abzuschießen. Die Amerikaner ziehen daraus die Folgerung, daß sie nun mit verstärkter Kraft an der Herstellung der Rüstungsgleichheit

mit der Sowjetunion auf dem Gebiet der Kernwaffen arbeiten müssen, was natürlich wiederum die Russen zu neuen Anstrengungen veranlassen wird, den mutmaßlichen Gegner in einem dritten Weltkrieg aufs neue zu übertrumpfen – und so fort, bis das höllische Wettrüsten schließlich gerade in der angeblich abzuwehrenden endgültigen Kriegskatastrophe endet. Die rechte, die rettende Schlußfolgerung aus den neuen atomtechnischen Erfindungen und der Unmöglichkeit eines Dauererfolges im Wettrüsten müßte sein, daß die Nutzbarmachung der Atomkraft für Kriegszwecke ein für allemal ausgeschlossen wird, wobei – nochmals sei es gesagt – am besten ein einzelner der Kernwaffen besitzenden drei Staaten vorangehen und den Teufelskreis durchbrechen müßte. Reicht die sittliche Erkenntnis und Tatkraft der Lenker eines dieser drei Staaten – Nordamerikas, der Sowjetunion, Großbritanniens – aus, um diesen Entschluß herbeizuführen? Ist die geistige, moralische Reife der Völker und ihrer Führer der ungeheuren Verantwortung gewachsen, vor die sie ihre technischen Eroberungen stellen? Das ist jetzt die entscheidende Frage. Das gesittete Fortleben der Erdenmenschheit kann recht wohl von der Art ihrer Beantwortung abhängen.

11. Oktober

Hugo Kramer

Neues Denken nötig

Auf seinem beispiellosen Triumphzug durch Japan im Oktober dieses Jahres erklärte *Nehru* mehrmals:

Was wir nötig haben, ist ein Denken, das nicht auf Gewalt und «ismen» gegründet ist, sondern ein Denken, das die Probleme dieser Welt der Atomenergie, der Fernlenkgeschosse und künstlichen Monde anpacken und lösen kann.

Der Menscheng Geist muß den wissenschaftlichen Fortschritt einholen, wenn die Welt vor der Zerstörung gerettet werden soll. Es ist wohl wichtig, technologischen Fortschritt zu erstreben, wichtiger aber ist, die geistige Einstellung der Menschen zu heben. Wir stellen eine gewaltige und großartige Leistung in der Welt der Wissenschaft fest. Daneben aber sehen wir gewaltige und furchtbare Mißerfolge – Mißerfolge auf geistigem und sittlichem Gebiet. Was vor allem gefährlich ist, ist die Gleichgültigkeit der Menschen, Gleichgültigkeit zum Beispiel gegenüber nuklearen Versuchen.

Aus dem «Kalten Krieg» werden niemals Friede und Güte erwachsen, denn «Kalter Krieg» selbst ist Haß. Wie kann Haß etwas Gutes erzeugen? Der «Kalte Krieg» korrumpiert nicht nur soziale Gruppen; er korrumpiert ganze Völker. Wenn wir den Ruf der Zivilisationen nicht hören und die Lehren einer jahrtausendealten Geschichte nicht beherzigen, ist die Menschheit unrettbar verloren.

(«India News», 12. Oktober 1957)